

Vom alten und vom neuen Präsidenten. Große Aufbruchstimmung bei der LVV

Bericht von der Landesvertreterversammlung 2014 in Friedrichshafen

Als neugewählter Vorsitzender des Kammerbezirks Tübingen begrüßte Ulrich Schwille die Landesvertreter im denkmalgeschützten Graf Zeppelin-Haus mit seinem fantastischen Blick über den Bodensee auf die Schweizer Berge. Die nicht für jeden ganz reibungslose Anreise nach Friedrichshafen hatte sich jedenfalls gelohnt. Auch Bürgermeister Peter Hauswald begrüßte die Gäste in seiner Stadt und nahm die Gelegenheit wahr, seine große Affinität zu Architektur und Städtebau zu bekräftigen.

Wolfgang Riehle

Daraufhin ergriff Noch-Präsident Wolfgang Riehle das Wort. Er erinnerte an seinen Beginn vor 16 Jahren in Freiburg, wo er sich unter dem Motto „Lust auf Architektur? Neue Wege zur Architektur!“ erfolgreich um das Spitzenamt in der Kammer beworben hatte. Doch verweilte er nicht lange bei Erinnerungen, gehe es doch „heute und morgen nicht um die Vergangenheit der Kammer, sondern um ihre Zukunft und um die des Berufsstands“ und dass ihm diese weiterhin extrem am Herzen liegt, daran ließ er keinen Zweifel. Ihm selbst sei vor dem „postpräsidialen Bedeutungsverlust“ durchaus bange, wie er augenzwinkernd den Delegierten gestand. Riehle verwies auf berufspolitische Erfolge seit 1998, die er jedoch keineswegs als „seinen Verdienst“ darstellen wollte, vielmehr als denjenigen der Kammer als Ganzes; und sparte auch die Misserfolge nicht aus, für die er die Verantwortung übernehme. (Im Forumartikel DAB 12/2014 findet sich eine Übersicht der von ihm angesprochenen Themen.) Seine Rede hielt er betont kurz, um dem Kernstück der diesjährigen Landesvertreterversammlung genügend Zeit einzuräumen: den Wahlen. Zunächst kamen jedoch die Berichte der Vizepräsidenten.

Standing ovation für
Wolfgang Riehle,
den die Delegierten
einstimmig zum
Ehrenpräsidenten
ernannten



© Felix Kästle

Vizepräsident Prof. Sebastian Zoepritz

Nach 35 Jahren Ehrenamt verabschiedete sich Vizepräsident Prof. Sebastian Zoepritz mit einem Hauch Wehmut, mit Dank und Bescheidenheit von den Delegierten und gab zu erkennen, dass diese Zeitspanne für ihn eine wunderbare Erfahrung war im Umgang mit Fakten, Auffassungen, Kompetenzen und den Menschen. Ohne die Vergangenheit zu resümieren, sprach er Themen und Aufgaben an, denen er auch zukünftig eine wichtige Rolle für die Kammerarbeit beimisst. Dazu gehörten beispielsweise die Ausbildung und Eintragung. Er empfahl, zusammen mit dem ASAP (Akkreditierungsverbund für Studiengänge der Architektur und Planung) Änderungen bei den Randbedingungen in den Hochschulen mit zu entwickeln und zu begleiten. Nur so ließe sich der Standard hochhalten. Denn im nächsten Schritt hänge die Ausbildung unmittelbar mit den Eintragungsvoraussetzungen für Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner zusammen. Vor dem Hintergrund der Vielfalt von Studiengängen und -kombinationen wünscht sich Zoepritz bei der Kammeranerkennung mehr Nachvollziehbarkeit für Studierende und Hochschulen.

Zahlenwerke sind ein anderes, beliebtes Thema von Professor Zoepritz. So hofft er weiterhin auf eine klare, gut strukturierte, nachvollziehbare und vorausschauende kammerinterne Haushaltsplanung und legte das Thema auch all den freien Architekturbüros ans Herz: für die eigene Bürführung und die Ermittlung der Baukosten gelte es die Grundrechenarten zu respektieren. Die Fortführung der fachlichen Begleitung des BKI sowie die Zusammenarbeit mit dem Landesverband freier Berufe empfahl er ebenso wie eine offene Haltung gegenüber Neuem, beispielsweise dem ‚Building Information Modeling‘ BIM. Am Ende verriet er sein Grundrezept: nach einer argumentativen Auseinandersetzung, sozusagen einem Streit über Themen, Haltungen oder Meinungen, sowie einer präzisen und gründlichen Analyse gelte es großzügig bei den Lösungsvorschlägen zu sein.

Vizepräsidentin Beatrice Soltys

Als Vertreterin der angestellten und beamten Architekten im Landesvorstand, welche deutlich über 50 Prozent der Mitglieder in der AKBW ausmachten, stellte Beatrice Soltys die Kontinuität ihrer Arbeit der letzten vier Jahre heraus. Als Begleiterin

des Ausschusses für Vergabe und Wettbewerb sowie der Arbeitskreise a+b und LBO dankte sie deren Vorsitzenden und Mitgliedern für ihre Mitarbeit und Unterstützung. Die Novellierung der LBO trete unter beharrlichem Bohren mit Stellungnahmen bald in Kraft. Im Arbeitskreis a+b wurde unter Vorsitz von Kai Fischer ein Flyer erstellt mit dem Ziel, mehr angestellte Architekten von einer Mitgliedschaft in der Kammer zu überzeugen. Die Interviewreihe „Porträts“ im DAB behandelte die Themen Nachwuchsfundung, Mitarbeiterbeteiligung, Beteiligungsmodelle und Nachfolgeregelung. Soltys verwies auch auf die erfolgreiche Veranstaltungsreihe ‚Plan B‘, wo die rechtlichen Bedingungen für eine Büroübergabe systemisch betrachtet wurde. Zu ihren weiteren Anliegen zählen die HOAI-Partizipation der Angestellten und die Senkung der Zugangsschwellen bei Planungswettbewerben, denn Aufwand und Ergebnis stünden bei offenen Wettbewerben noch in einem schlechten Verhältnis. Auch das Ziel, die Zahl der Wettbewerbe zu erhöhen, sei noch nicht erreicht. Ein weiteres ihrer Schwerpunktthemen ist die Bürgerbeteiligung vor und nach Wettbewerben, die sie auch beim Preisrichtertag einbringe. Auch die Überarbeitung des VOF-Leitfadens sei in Arbeit.

Prof. Sebastian Zoepritz



Vizepräsidentin Eva Schlechtendahl

Ihre Schwerpunktthemen liegen in der inhaltlichen Begleitung des IFBau, der damit verbundenen Betreuung des Arbeitskreises Sachverständigenwesen, der HOAI und deren Umfeld, berichtete Eva Schlechtendahl. Sie zog eine sehr positive Bilanz aus den letzten vier Jahren. Mit den Novellierungen der HOAI 2009 und 2013 seien wichtige Schritte getan, zum Beispiel die Erhöhung des Honorars und die Anpassung der Leistungsbilder. Sie betonte den intensiven Arbeitsprozess, der durch viele Kollegen aus Baden-Württemberg unterstützt wurde. „Von dessen Ergebnis profitieren wir alle.“ Schlechtendahl verwies jedoch auch auf aktuelle Herausforderungen auf europäischer Ebene. Dort wird das Argument des Verbraucherschutzes für Honorarordnungen in Frage gestellt. Sie appellierte, dagegen zu halten, um so für ein leistungsgerechtes Honorar zu kämpfen. Zudem befasst(e) sich der AHO, in dessen Vorstand Eva Schlechtendahl ebenfalls tätig ist, mit der Erarbeitung und Aktualisierung der grünen Schriftreihen. Hier ist das Ziel, Hilfestellung zur Honorarberechnung zu geben, um diese dem Bauherrn profund vermitteln zu können.

Darüber hinaus berichtete sie vom Institut Fortbildung Bau. Der wirtschaftlich

erfolgreich agierende Bereich wird vom Institutsrat, den Eva Schlechtendahl begleitet, konzeptionell unterstützt. Aktuell stehen die Zusammenführung von Beirat und Institutsrat auf der Agenda, wie auch die Erhaltung der Kompetenz und Schlagkraft des IFBau. Erwähnt wurde auch der erfolgreiche erste Bausachverständigentag, initiiert vom Arbeitskreis Sachverständigenwesen unter Vorsitz von Helmut Stötzel. Und schließlich lenkte Schlechtendahl den Blick auf das Thema Normung, auf das die Architektenchaft unbedingt Einfluss nehmen sollte.

Nach der einstimmigen Entlastung des Vorstands traten die drei Präsidentschaftskandidaten in alphabetischer Reihenfolge ans Rednerpult.

Thomas Herrmann

„Es stimmt einfach, uns ging's schon lange nicht mehr so gut“, stellte Thomas Herrmann fest. Bemerkenswert sei es, dass sich gleich drei Personen um die Nachfolge von Wolfgang Riehle bewerben. In den letzten 16 Jahren „wurde einfach viel richtig gemacht.“ Gleichwohl verwies Herrmann auf zahlreiche Ansatzpunkte für Verbesserungen, zumal die nächsten Herausforderungen wie Liberalisierungswellen auf Europa-Ebene nicht auf sich

Beatrice Soltys



Eva Schlechtendahl





Den Fragen von **Dr. Martin Kraushaar**, Hauptgeschäftsführer der Hessischen Architekten- und Stadtplanerkammer, sowie der Delegierten stellten sich **Thomas Herrmann, Markus Müller und Prof. Peter Schürmann** (v.l.) mit großer Fairness

warten ließen. Um architekturrelevante Themen in öffentlichen Debatten zu verankern, schlug er alternative Ansatzpunkte vor, beispielsweise eine engere Zusammenarbeit mit Künstlern im städtischen Raum. Nicht verwischt gehören seiner Ansicht nach die Profile von Fachrichtungen und Tätigkeitsarten. Deren verschiedene Vertreter jedoch an einen Tisch zu holen, um z.B. Baugenehmigungsverfahren zu optimieren, bietet für Herrmann vielfache Möglichkeiten, Synergieeffekte zu erzeugen. Auch im Bereich der Baukultur hatte der langjährige Vorsitzende der Kammergruppe Stuttgart-Ost ganz konkrete Vorschläge mitgebracht: So sollten sich Kommunen von der unseligen Gewohnheit distanzieren, Bauplätze zum Höchstpreis zu verkaufen; zukunftsweisender wäre, sie zum Festpreis anzubieten und demjenigen Interessenten mit dem besten Konzept den Zuschlag zu geben. Darüber hinaus beschwore Herrmann die großen Chancen, die aus regionalen Veranstaltungen und der Arbeit von Kammergruppen erwachsen. Für sie müsse die Landesgeschäftsstelle professionelle Unterstützung bieten. Der Präsidentenkandidat beschrieb sich als großer Anhänger ergebnisoffener Debatten und regte an „gemeinsam mehr Vielfalt zu wagen“.

Markus Müller

Markus Müller aus Meckenbeuren nahm zunächst eine Positionsbestimmung der AKBW vor. Die Gestaltung der Umwelt sah er in diesem Zusammenhang als ein Schlüsselthema, da es in diesem Bereich einen gemeinsamen Anspruch aller Fachrichtungen gebe, mit Kreativität und Überzeugungskraft Einfluss zu nehmen. Die Entwicklung der AKBW in den vergangenen Jahren habe hierzu eine gute Basis gelegt. Es fehle weder an Erkenntnis, noch an guten Ideen, dennoch kritisierte er, wie wenig tatsächlich davon beispielsweise in der Gestaltung der Stadträume umgesetzt werde. Deshalb plädierte er für die Präsenz der Architektenkammer überall dort, wo Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden. Aus Erfahrungen der Vergangenheit, wie dem Hearing zu den Windkraftanlagen, leitete Müller ab, dass die Kammer als aktiver Gesprächspartner gehört und wahrgenommen wird, sofern sie sich auf Themen der Zeit einlässt.

Ein zweites Leitmotiv ist für Müller die Berufsperspektive von heute bis in 20 Jahren. Hier sieht er einen Wandel auf den Berufsstand zukommen. Viele Kollegen arbeiteten heute in Kleinbüros – einige von ihnen stünden wirtschaftlich unter Druck. Für Müller ist es wichtig, die Megatrends

der Zukunft hinsichtlich demographischem Wandel und Änderung von Planungsprozessen zu erforschen und gründlich zu analysieren, um damit Strategien für die Kammerarbeit zu entwickeln: zum Berufsbild, zu den künftigen Anforderungen bis hin zur Ausbildung an den Hochschulen. „Architektur hat viel mit Gesellschaft zu tun.“ Daraus ergeben sich für Müller weitere Themen über die Gestaltungsfrage hinaus, zu denen sich die Kammer positionieren soll. Durch die dreigliedrige Struktur und die Präsenz der Kammergruppenvorsitzenden sieht er die Kammer gut in der Fläche aufgestellt, ohne das Ehrenamt zu überfordern. Im Umgang der Kammer mit sich selbst zählt er auf Einigkeit, die stärkt. Markus Müller hat seinen Kammergruppenvorsitz und politische Ämter aufgegeben, um von Anfang an mit voller Kraft dem Präsidentenamt zur Verfügung zu stehen. Phantasie und Leidenschaft am gemeinsamen Beruf sowie seine politischen Erfahrungen möchte er für die Kammer einbringen.

Prof. Peter Schürmann

Mit der von ihm gewohnten Ruhe und Geduldsamkeit stellte sich Professor Peter Schürmann aus Stuttgart vor und bekundete seinen „Höllenrespekt“ vor der Aufgabe

des Präsidenten, zumal nach der glänzenden Bilanz von Wolfgang Riehle, dessen Nachfolge er bei aller Größe der Fußstapfen gerne antreten würde. Schürmann entwickelte in einem großen gedanklichen Bogen und in philosophisch abgerundeter, ganzheitlicher Perspektive die Bedingungen des Architektenberufs, für dessen Komplexität man nach innen und außen eintreten müsse. Er plädierte für die Verlässlichkeit des Architekten als sicherer Partner der Bauherren und Auftraggeber und für die Verpflichtung für Baukultur und den öffentlichen Raum. Dabei erwies er sich als eingängiger Redner, der in allen Gremien Gehör zu finden versteht, gleichwohl die Notwendigkeit des Zuhörenkönnens herausstellend.

Schürmann charakterisierte sich mit Verweis auf seine Professur am Institut für Baustofflehre, Bauphysik, Technischen Ausbau und Entwerfen selbst als Realo mit Praxiskompetenz und Baustellenerfahrung aus der Mitarbeit in renommierten Büros. Seine berufspolitischen Schwerpunkte sah er in den Arbeitsbedingungen, die sich aus Studiendauer, Anerkennungsrichtlinien, Qualifizierung, Honorarordnung und Haftungsfragen ergeben. Das Experimentalpotential junger Büros müsse unter dem Motto ‚Vom Gedachten zum Gebauten‘ auch den Auftragstöpfen zugeführt werden. Die federführende Rolle des Architekten als Diringent, Teamplayer und Netzwerker sollte verteidigt und wiedergewonnen werden. Die verschiedenen Tätigkeitsarten sieht Schürmann als wertvollen Bestandteil eines Grundverständnisses der Architekten, deren Vielfalt als ‚Lob der Diversität‘ (so der Titel seines jüngsten Buchs) auch ein Label der Architektenkammer sein könnte. Dabei müssten die Unterschiede jedoch transparent gemacht werden.

Podiumsdiskussion und Wahlergebnis

Im Anschluss an die Bewerbungsreden der drei Kandidaten fand ein Podiumsgespräch



Neuer Präsident der AKBW: **Markus Müller**



Wolfgang Riehle gratuliert seinem Nachfolger

© Felix Kastle

unter Leitung von Dr. Martin Kraushaar statt. In seinen einführenden Worten verwies der neue Hauptgeschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen auf das große Ansehen, das Beiträge aus Baden-Württemberg bei der Bundesarchitektenkammer genießen.

Der Reihe nach bekamen die drei Präsidentschaftskandidaten Gelegenheit, ihre Vorstellungen darzulegen wie Lobbying und Kommunikation mit Politikvertretern gelingt. Darüber hinaus positionierten sie sich zur Problematik der Architektenhaftung und welche geeigneten Verbündeten sie dafür im Bauwesen sehen. Die persönliche Einstellung zum notwendigen Spagat der Kammer zwischen Kontrollinstanz und Interessenvertretung wurde ebenfalls abgefragt; außerdem die Haltung zur Nachweispflicht für Fortbildungen und Vorschläge für deren Bewerbung. Auch das Thema Generalist versus Experte war Gegenstand des Gesprächs auf dem Podium.

In vielen Punkten lagen die Kandidaten in ihren Einschätzungen nicht weit auseinander, gleichwohl jeder mit seinem eigenen Akzent. Überzeugend waren sie alle, Kraushaar fasste zusammen: „Die Wahl

wird schwer werden. Sie kann aber nur gut ausgehen.“

Nach einer Bedenk- und Mittagspause schritten die Delegierten zur Wahl: 68 gaben ihre Stimme für Markus Müller ab, 25 für Thomas Herrmann und 20 für Peter Schürmann. Damit stand der neue Präsident der Architektenkammer Baden-Württemberg bereits nach dem ersten Wahlgang fest: Markus Müller (49) engagiert sich seit 2002 ehrenamtlich in der Architektenkammer, zuletzt war er vier Jahre Vorsitzender der Kammergruppe Bodenseekreis. Zu den zahlreichen berufspolitischen und baukulturellen Aktivitäten unter seiner Ägide zählen viel beachtete Symposien zu neuen Denkansätzen in der Stadt- und Regionalplanung.

Als Mitinhaber eines Architekturbüros arbeitet Markus Müller gleichermaßen im Bereich von Städtebau, Architektur und Innenraumgestaltung. Er publiziert und hält an der Zeppelin University Vorlesungen. Von 1999 bis 2014 saß er für die CDU im Gemeinderat in Meckenbeuren; seit 2004 war er Fraktionsvorsitzender und bis 2008 Kreisvorsitzender der CDU Bodenseekreis.

Stephan Weber

Sehr dynamisch und motiviert bewarb sich Stephan Weber als alleiniger Nachfolger für den Vizepräsidenten-Posten von Prof. Sebastian Zöppritz. Seit 27 Jahren übt er, wie er selbst sagt, als Architekt den schönsten Beruf aus, den es gibt. Jedoch habe er in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch Veränderungen in der Arbeitsweise beobachtet. Als Praktiker kennt er den Spagat zwischen der zunehmenden Komplexität, die gestiegenen rechtlichen Ansprüche und Anforderungen, sowie der Gestaltungsqualität. Daraus resultierend entwickeln sich neue Strukturen der Zusammenarbeit, ein Netzwerk mit externen Fachleuten wird zur Regel werden. Stephan Weber erkennt darin die Chance, dass sich Architekten wieder auf die Gestaltungsqualität besinnen können, was auch Lustgewinn mit sich bringen wird. Die Kammer sieht er in der Verantwortung, für diese neuen Zusammenschlüsse rechtliche Rahmenbedingungen zu erarbeiten.

Was die Hochschulausbildung betrifft, vertrat Weber die Haltung, dass vor allem die Kernkompetenz des Entwurfens und des Zusammenfügens im Studium vermit-

Neuer Vizepräsident: **Stephan Weber**



telt werden sollte. Der Praxisschock und damit verbundene Defizite der Absolventen ließen sich im Büroalltag und durch Fortbildungen ausgleichen. Entsprechende Angebote für AiP und SiP bereitzuhalten, sei Aufgabe der Kammer. Sowohl aktuelle Themen, wie die gesamtschuldnerische Haftung, als auch Grundlagenforschung zum Berufsbild in 15 bis 20 Jahren hat er im Fokus. Weber bezeichnete sich als Netzwerker und – auch im Privaten – als systemischer Konfliktlöser, verfolgt Teamgeist, richtet den Blick auf alle Fachrichtungen und Tätigkeitsarten und bekundet große Lust, sich im Kammergegeschehen zu engagieren.

Beatrice Soltys vs. Rolf Sutter

Die Fellbacher Baubürgermeisterin Beatrice Soltys wurde mit 64 von 115 Stimmen als Vizepräsidentin, die die angestellten und beamteten Architekten vertritt, im Amt bestätigt. Ihr Gegenkandidat, der Leiter der Vermögens- und Hochbauverwaltung Baden-Württemberg im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Regierungsbaumeister Rolf Sutter erhielt respektable 49 Stimmen.

Soltys setzte sich in ihrer Kandidatur für die Besetzung von Schlüsselpositionen in öffentlichen Verwaltungen mit fachkompetenten Architekten und Stadtplanern ein, auf denen sich momentan noch zu oft Juristen, Verwaltungsfachleute oder Betriebswirte finden. Nach ihrem erst kürzlich verlorenen Wahlkampf um das Amt des Tübinger Oberbürgermeisters wolle sie den – ebenso als Kernerarbeit wie als spannende Lobbyarbeit empfundenen – eingeschlagenen Weg lustvoll fortsetzen. In den Verwaltungen gelte es Netzwerke aufzubauen, um den Diskurs mit Partnern auf Augenhöhe zu führen und die Vorteile von Wettbewerben zu vermitteln. Die Wettbewerbshürden für junge Büros sollten sinken. Darüber hinaus müssten für Ange-

stellte neue Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sie auch ein ehrenamtliches Engagement ausüben könnten. Der hier vorhandenen Unsicherheit widme sich die Projektgruppe Befreiungsrecht.

Rolf Sutters Blick ist bei aller langjährigen und vielfältigen Berufserfahrung zusätzlich geerdet durch seine Frau, die Freie Architektin ist, und seine Tochter, welche als AiP arbeitet. So könnten viele Dinge in der beruflichen Ausrichtung neu justiert werden, ohne sie grundsätzlich umkrempeln zu müssen. Seine zukünftigen Vorhaben wären die stärkere Heranführung der Ausbildung und AiP-Zeit an die berufliche Praxis. Die bürokratischen Formalismen für den AiP-Status wären zu überdenken, eine größere Liberalisierung sei sinnvoll, ohne die Qualitätsstandards aufzugeben. Die Wortmarke ‚Praktikant‘ sei dabei problematisch, handele es sich doch um fertige Ingenieure. Die Entlohnung der Berufseinsteiger sollte attraktiver werden, um dem kommenden Bedarf an neuen Kräften gerecht zu werden. Auch er sprach sich für vernünftige Anforderungen an kleine und junge Büros bei Wettbewerben aus und für eine Freizügigkeit der Berufsausübung. Die Fachlistenspezialisierung werde von außen abgefragt, doch weniger Schubladendenken wäre möglich. Er habe Lust, die berufliche Ausrichtung gemeinsam zu gestalten, schloss Sutter.

Dr. Wolfgang Naumer vs. Eva Schlechtendahl

Er wollte bereits mit 12 Jahren Architekt werden und hat dieses Ziel erfolgreich verfolgt, erklärte Dr. Wolfgang Naumer. Bereits vor 20 Jahren hat er im „Dortmunder Modell“, einer Zusammenarbeit zwischen Architekten und Ingenieuren, mitgewirkt. Als freier Architekt ist er seit 13 Jahren tätig, arbeitet auch in Kooperationen mit anderen Büros zusammen und ist berufspo-

litisch im Kammergruppenbeirat aktiv. Input, Zuhören, Verstehen – das sind seine Interessen, so Naumer. Er hat sich folgende Kernthemen auf die Fahne geschrieben: HOAI, Haftung, Wettbewerb und Kommunikation. Daher wollte er die richtigen Pfade zur Minimierung der gesamtschuldnerischen Haftung finden und sich für mehr öffentliche aber auch private Wettbewerbe einsetzen. Die intensivere Nutzung von Bürgerbeteiligungsverfahren stand ebenfalls auf seiner Agenda. So lobte er zwar die bestehenden Kommunikationswege der Kammer, möchte jedoch mehr tun: auch auf Twitter oder Facebook sollte die Kammer Präsenz zeigen und sich so am Puls der Zeit bewegen.

Als Gegenkandidatin positionierte sich Eva Schlechtendahl, die ihr Amt als Vizepräsidentin verteidigen wollte und bei der Bewerbung die Schwerpunkte ihres vorangegangenen Berichts aufgriff. Sie setzt weiterhin auf ihr Engagement für die HAOI als verbindliches Preisrecht und möchte sich stärker der Normung widmen, um Einfluss auf deren Entwicklung im Sinne der Architektenschaft zu gewinnen. Außerdem sollen das IfBau gestärkt und das Seminarangebot im gesamten Land ausgebaut werden. Als elementares Kernstück bezeichnet sie die regionale Baukultur mit dem Ziel, den Dialog zwischen Kommunen, Planern, Nutzern und Politik zu strukturieren und zu intensivieren, Gleicher gilt auch für die Zusammenarbeit mit dem Ministerium und den Regierungspräsidien. Für alle Fachrichtungen bedeutet dies letztlich eine Vielfalt neuer Aufgaben. Nach Auswertung der Wahlzettel fielen auf Wolfgang Naumer 35 Stimmen, Eva Schlechtendahl wurde mit 76 Stimmen in ihrem Amt bestätigt.

Innenarchitektur

Diana Wiedemann, Freie Innenarchitektin und Freie Architektin aus Ehrenkirchen bei Freiburg, wurde mit 99 von 103 Stim-



Für die Innenarchitekten: **Diana Wiedemann**



Für die Landschaftsarchitekten: **Christof Luz**

© Felix Kastle

men als Vertreterin der Innenarchitekten im Landesvorstand bestätigt. In ihrer Rede zur Kandidatur erläuterte sie, dass sich in den vergangenen vier Jahren die Zahl der Innenarchitekten unter den Mitgliedern um 15 Prozent erhöht habe, der Kontakt zu den Hochschulen ausgebaut und die Kommunikation der Innenarchitekten untereinander verbessert worden sei. Mit der erarbeiteten Ausstellung und einem geplanten Flyer sollten die Tätigkeitsbereiche der Innenarchitekten weiter bekannt gemacht werden. In der sich verändernden Berufswelt gelte es, frühere klassische Themenfelder zurückzugewinnen und Innenarchitekten besser bei Wettbewerben zu berücksichtigen. Ihre Bilanz überzeugte die Delegierten.

Landschaftsarchitektur

Christof Luz ist freier Landschaftsarchitekt in Stuttgart und seit vier Jahren im Vorstand tätig. Er berichtete über die Aktivitäten des Arbeitskreises der Landschaftsarchitekten und fünf wesentliche Punkte, auf die man sich schwerpunktmaßig konzentrierte. Der Fokus lag darauf, als recht kleine Berufsgruppe öffentlichkeitswirksam zu agieren. Dazu gehörten jeweils jährlich

stattfindende Veranstaltungsformate, das Landschaftsarchitektur-Quartett und der Landschaftsarchektentag. Darüber hinaus wurden Ausstellungen unterstützt, die das Tätigkeitsfeld der Landschaftsarchitekten der Öffentlichkeit deutlich vor Augen traten ließ, beispielsweise auf Landesgartenschauen. Auch die Integration der recht kleinen Fachdisziplin in die allgemeine Architektenschaft ist eine Bemühung, die Früchte trägt. Nach einem Wahlausruft sind mehr Landschaftsarchitekten berufspolitisch aktiv. Auch die fachliche Vertretung im Beirat des IfBau agierte erfolgreich, um Fortbildungsthemen der Profession ins Programm einzubringen. An diesen Schwerpunkten soll weiterhin gearbeitet werden – mit 101 von 105 abgegebenen Stimmen bestätigten die Delegierten Christof Luz im Amt.

Stadtplanung

Als Vertreter der Fachrichtung Stadtplanung stellte sich Matthias Schuster als einziger Kandidat (zur Wiederwahl) vor. Ambitioniert wolle er die nächsten vier Jahre die kleinste Gruppe der Kammer, die eine große Diversifikation aufweist, weiter vertreten. Um diese Vielfalt zu erforschen,

Für die Stadtplaner: **Matthias Schuster**Für die baugewerblich Tätigen: **Klaus Wehrle**Für die AiP/SiP: **Aleksandra Gleich**

veranstaltete der Arbeitskreis im letzten Jahr städtebauliche Dialoge mit 20 externen Vertretern aus den Bereichen Verwaltung, freies Stadtplanungsbüro, Stadtentwicklung und Hochschule. Mit dem Input aus den Dialogen wird derzeit die Stadtplanungsbroschüre erarbeitet, die im Februar 2015 erscheinen wird und Auftraggeber gezielt aufzeigen soll, welche Leistungen Stadtplaner anbieten und welche Qualifikation sie haben. Für die Zukunft sieht Schuster Themenschwerpunkte in den Herausforderungen für den Berufsstand bezüglich Ausbildung und Praxis, der Weiterführung des städtebaulichen Dialogs und den Eintragungsvoraussetzungen. Stadtplanung stelle die Basis fürs Bauen dar und stehe für Qualität der gebauten Umwelt, deshalb sei es wichtig, dass die Stadtplanung nach wie vor nach innen und außen gut vertreten ist.

Ohne Gegenstimmen und Enthaltungen erhielt Matthias Schuster von allen 107 Delegierten das Vertrauen für die neue Amtszeit ausgesprochen.

Baugewerblich Tätige

„Baukultur und Wirtschaftlichkeit ist kein Widerspruch. Im Gegenteil.“ Klaus Wehr-

le, alter und neuer (102 von 108 Stimmen) Vertreter der baugewerblich tätigen Architektinnen und Architekten, hat keine Probleme damit, wie die Freien Kollegen ihr standesrechtliches Umfeld gestalten, doch betonte er: „Uns Architekten verbindet mehr als uns trennt.“ Leidenschaft für die Architektur und Verantwortung für die Wirtschaftlichkeit müssten bei den einen wie den anderen Hand in Hand gehen. Insgesamt könnte man in Sachen baukulturelle Bildung eine positive Entwicklung in der Gesellschaft festmachen, wofür er die Initiative ‚Architektur macht Schule‘ als ebenso wichtiges Instrument ansieht wie die Auszeichnungsverfahren der Kammer. Zu den pragmatischen Schwerpunkten seiner bisherigen Arbeit im Landesvorstand zählten das Bauen im Grundwasser, Erstellung von Petitionen sowie die Dauer von Baugenehmigungsverfahren. Zu den großen Themen der Zukunft gehört für ihn die Gewinnung von jungen Absolventen, auch aus dem Ausland, denn „in 15 Jahren sind 30 Prozent der derzeit aktiven Architekten nicht mehr tätig“. Außerdem gelte es, das Bild des Architekten als Generalisten zu verankern sowie den Dienstleistungsgedanken.

AiP/SiP

Drei Kandidaten lieferten sich einen fesselnden und unkonventionellen Kampf für die (im Landesvorstand neue) Vertretung der Architekten und Stadtplaner im Praktikum.

Emel Bulut aus Aalen verwahrte sich gegen den Begriff der Praktikanten, der abwertend sei. Sie seien Absolventen, die korrekt weiter ausgebildet werden wollten; die arbeitgebenden Architekten müssten sich im Klaren sein, keine Bauzeichner einzustellen. Die Kandidatin wünschte sich engagiert eine stärkere Informationspolitik der Kammer schon bei Abiturienten. Auch sollten die neuen Medien und E-Netzwerke stärker genutzt werden.

Aleksandra Gleich aus Mannheim überraschte mit ihrer Kombination aus zweitem juristischem Staatsexamen und Bachelor in Architektur. In einer bemerkenswert professionellen Vortragsweise mahnte sie die stärkere Kommunikation der AiPs untereinander an, wozu sie selbst einen Stammstisch gegründet hat. Sie verdeutlichte ihre Kenntnis der Ziele und Strukturen der Architektenkammer sowie ihr Selbstverständnis als Schnitt- und Anlaufstelle, um diese Inhalte effizient in den Hochschulen vermitteln zu können.

Georgios Perogiannakis aus Karlsruhe verglich in seiner unkonventionellen, couragierten Darstellung die Landesvertreter mit einer Patchworkfamilie, in der die AiPs die Rolle der pubertierenden Rebellen einnehmen, um einen Entwicklungs- und Integrationsprozess zu durchlaufen. Er benannte die nicht hinreichende Bezahlung, die mangelnde Zeit für Fortbildung und die unzureichende Wissensvermittlung in den Büros als Ansatzpunkte seines Engagements.

In der Abstimmung gewann Aleksandra Gleich mit 61 Stimmen vor Emel Bulut mit 42 und Georgios Perogiannakis mit 4 Stimmen

Bericht aus der Landesgeschäftsstelle

Auch um die zahlreichen in diesem Juli neu gewählten Delegierten mit der Struktur der Landesgeschäftsstelle vertraut zu machen, gab Hauptgeschäftsführer Hans Dieterle einen Überblick über die dort geleistete Arbeit und die jeweils Zuständigen. In ausführlicher Form finden sich diese Inhalte im Geschäftsbericht 2013/2014. Darauf hinaus stellte Dieterle die jüngsten Ergebnisse der Hommerich-Studie vor: Bei der bundesweiten Repräsentativbefragung von Architekturbüros wurden dazu allein in Baden-Württemberg 8.500 selbstständig tätige Kammermitglieder angeschrieben, 1.424 antworteten, was einer Rücklaufquote von rund 17 Prozent entspricht.

Demnach agieren im Südwesten noch immer rund 80 Prozent der Büros mit weniger als fünf Mitarbeitern. Der mittlere Honorarumsatz pro Kopf (Median) beträgt hier 60.000 Euro (bei Ein-Personen-Büros 50.000 Euro, bei Zehn-Personen-Büros und mehr tätigen Personen 87.000 Euro), im bundesweiten Durchschnitt sind es 56.196 Euro. Die Überschüsse pro Inhaber liegen im Bundesdurchschnitt (Median) bei 47.000 Euro, in Baden-Württemberg bei 51.510 Euro, wobei Ein-Personen-Büros auch 2013

nur 30.000 Euro Überschuss erwirtschafteten, Büros mit zehn und mehr Beschäftigten hingegen rund 129.000 Euro.

Interessant ist auch die Information, dass in der Zwischenzeit 62 Prozent der Büros mit zehn und mehr Beschäftigten Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Mitarbeitern meldeten. Da Büroinhaber genau dieses Problem auch der Kammer zur Kenntnis gaben, hatte noch der alte Landesvorstand eine Projektgruppe zum Thema Personalentwicklung initiiert.

Zahlreiche Wortmeldungen

Den vielen Wahlen geschuldet gab es während der zwei Sitzungstage vergleichsweise wenige Beiträge aus dem Kreis der Delegierten, anders sah es bei diesem Thema aus: In zahlreichen Wortmeldungen nahmen sie Stellung zu den „erschreckenden Umsätzen“ kleiner Büros, die oftmals am Existenzminimum agierten. Zu spät sei es, wenn erst in einem Jahr dazu ausdifferenzierte Zahlen vorlägen, um dann eine Genenstrategie zu ersinnen. Entsprechend wurde eine kurzfristig einzusetzende Projektgruppe erwogen.

In ähnliche Richtung geht das Problem des Honorardumpings: Viele Ein-Personen-Büros unterschritten die HOAI-Sätze,

um Aufträge zu bekommen. Dies verzerrt den Markt. Präsident Markus Müller bestätigte aus eigener Erfahrung: „Mich wundert's manchmal, dass wir bei Angeboten die Teuersten sind.“

Eine Ursache dafür, warum kleine Büros so schlecht verdienen, machten einzelne Delegierte auch im grundsätzlichen Wesen der HOAI fest: Da sie im Wesentlichen auf Pauschalen beruhe, würden nur diejenigen Gewinn machen, die schnell und gut ausgerüstet seien, also die großen Büros. Denn sie verfügten über ausreichend Mitarbeiter und bessere Software. Beklagt wurde auch der ungeheure Bewerbungsaufwand zur Teilnahme an europaweiten VOF-Verfahren – um letztlich doch meist nur regional zu arbeiten. „Auch die Strukturanalyse gibt uns ein Aufgabenpaket mit“, resümierte Markus Müller. „Wir kommen damit auf die Gremien und die nächste Landesvertreterversammlung zurück.“

Erfahrungen mit der Nachweispflicht

Zu den ersten Erfahrungen mit der seit 1. Juli 2013 in Kraft getretenen Fort- und Weiterbildungsordnung berichtete Justiziar Alfred Morlock. Insgesamt gingen bis November 1.702 Anträge zur Akkreditierung von Veranstaltungen ein, davon wur-

Vertieft in den neuen
Geschäftsbericht:
Karl-Adolf Herzog,
Mitglied im Landes-
wahlausschuss



© Felix Kästle



Gruppenfoto im Foyer des Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen, von links: Monika Fritz, Beatrice Soltys, Aleksandra Gleich, Matthias Grzimek (vorne), Dr. Fred Gresens (hinten), Klaus Wehrle, Matthias Schuster (vorne), Andreas Grube (hinten), Diana Wiedemann, Christof Luz, Ulrich Schwillie, Markus Müller, Thomas Schramm, Stephan Weber, Susanne Kletzin, Reiner Probst, Eva Schlechtendahl

den 1.539 bereits anerkannt; dabei stehen 1.110 Veranstaltungen externer Anbieter 429 vom IfBau gegenüber. Im Januar wird nun erstmals eine Stichprobe erhoben, ob für 2014 die gezogenen Mitglieder jeweils acht Stunden in anerkannten Fortbildungen nachweisen können. Falls nicht, wird eine Nachholfrist bis Ende Juni 2015 eingeräumt.

Nachjustiert wurde von der LVV bei den Ausnahmen der Nachweispflicht: Seither schon ausgenommen waren Mitglieder, die das 65. Lebensjahr vollendet haben; künftig sind es auch diejenigen Mitglieder, die Alters-, Berufsunfähigkeits- oder volle Erwerbsminderungsrente beziehen und keine Einkünfte aus beruflicher Tätigkeit als Architekten oder Stadtplaner beziehen. Nicht freigestellt werden Personen, die in Teilzeit tätig oder aber im Mutterschutz bzw. in Elternzeit sind. Auch Personen, die im Ausland arbeiten oder in der Lehre tätig sind, müssen die acht Stunden Fortbildung nachweisen können.

Darüber hinaus beschlossen die Landesvertreter einstimmig, dass künftig auch die baugewerblich tätigen Architekten eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen müssen. Auch angestellte und beamtete Kammermitglieder, die in Nebentätigkeit selbständige Tätigkeiten für andere erbringen, unterliegen dieser Versicherungspflicht.

Finanzwesen: Jahresabschluss 2013

Um ausreichend Zeit für eine Podiumsdiskussion mit den Kandidaten auf das Amt des Kammerpräsidenten zu haben, wurde in diesem Jahr auf mündliche Berichte zum Jahresabschluss 2013 verzichtet. Dafür legten sowohl der Hauptgeschäftsführer, als auch der Wirtschaftsprüfer und der Haushaltsprüfungsausschuss schriftliche Berichte zu den Kammerfinanzen vor. Für das Jahr 2013 weist die Architektenkammer Baden-Württemberg einen Bilanzgewinn in Höhe von 80.390,20 Euro aus. Im Einzelnen betrug der Jahresüberschuss für das Institut Fortbildung Bau 13.470,05 Euro, für das Forum Haus der Architekten 43.562,60 Euro und im Kerngeschäft der Architektenkammer Baden-Württemberg, d. h. in der Landesgeschäftsstelle, den Bezirksgeschäftsstellen und den Kammergruppen, 23.357,55 Euro. Die Landesvertreterversammlung nahm die Jahresrechnung 2013 förmlich ab, entlastete den Landesvorstand und beschloss, den Jahresüberschuss in Höhe von 80.390,20 Euro der Verfügungsrücklage zuzuführen.

Haushaltplanung 2015

Am Ende des zweiten Tages stellte Hauptgeschäftsführer Dieterle die Planungen für das kommende Jahr vor. Die Ansätze schreiben im Wesentlichen die Planungen 2014 fort, korrigiert durch die vorliegen-

den Ergebnisse 2013. Danach stehen der Architektenkammer (ohne IfBau und Forum HdA) über rd. 5,5 Mio. Euro Einnahmen zur Verfügung. Davon sind weite Teile fest gebunden für Personal- und Sachkosten (bspw. Mietaufwände). Für Öffentlichkeitsarbeit stehen den Kammergruppen, Bezirken und der Landesgeschäftsstelle insgesamt rd. 700.000 Euro zur Verfügung. Die LVV stimmte den Planungen 2015 einstimmig zu. Diese beinhalteten auch Änderungen im Stellenplan. Zur Bewältigung der deutlich steigenden Teilnehmerzahlen im IfBau und zur Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit wurde jeweils eine zusätzliche halbe Personalstelle eingerichtet.

Gerne senden wir Ihnen den Geschäftsbericht 2013/14 mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2013 sowie die Haushaltplanungen für 2015 zu (Tel. Frau Geisler 0711-2196-127).

TOP Verschiedenes

Zu den offenen Fragen gehört das Thema der kammerinternen Reform: Der in der Landesvertreterversammlung 2012 diskutierte Vorschlag, die Unterscheidung zwischen „frei“ und „baugewerblich tätig“ aufzuheben, steht bei vielen noch ganz oben auf der Interessens-Liste. Damals hatte man sich mehrheitlich darauf verständigt, das Thema kammerintern weiterzuverfol-

gen. Daran erinnerte nun auch Eugen Rabold und formulierte die Bitte, „zu überprüfen, ob die verschiedenen Tätigkeitsarten – in Verbindung mit den Fachrichtungen ergeben sich daraus insgesamt 16 verschiedene ‚Schubladen‘ (vier Fachrichtungen mal vier Tätigkeitsarten) – nicht vereinfacht werden können.“ Durch diesen Bürokratieabbau ließen sich viel Zeit und Kraft sparen, zumal die meisten Architekten im Laufe ihrer Biographien ohnehin verschiedene Eintragungsmodalitäten durchliefen.

Als weiteres virulentes Thema stellte sich die Benennung „AiP/SiP“ heraus. Wie bereits von den Kandidaten für die Vertretung dieser Berufsgruppe herausgestrichen, sieht man hier dringenden Änderungsbedarf. Mehrere Wortmeldungen erbrachten dafür erste konkrete Vorschläge. Weitere sollen laut Markus Müller nun gesammelt und diskutiert werden. So wie auch die zahlreichen anderen Fragen und Vorschläge, die sich im Laufe der zwei Sitzungstage herauskristallisierten. Der neu gewählte Präsident bedankte sich in seinen Schlussworten für die freundschaftliche und solidarische Atmosphäre, die bei der Landesvertreterversammlung herrschte, und zeigte sich zuversichtlich, die von Wolfgang Riehle hinterlassenen großen Schuhe „bei Bedarf gemeinsam ausfüllen zu können“.

Die Autoren: Anja Chwastek, Marc Hirschfell, Martina Kirsch, Claudia Knodel

Still ruhte der Bodensee nach der Landesvertretungversammlung. Doch die **Aufbruchsstimmung** nutzend nimmt der neue Landesvorstand bereits am 8. Januar seine Arbeit auf.

„Denn **Baukultur** wollen wir doch alle“, unterstrich Eugen Rabold seinen Antrag vor den Delegierten



© Carmen Mundorff

Bei der **LVV 2014** herrschte bei den Abstimmungen große Einmütigkeit



© Felix Kästle



© Carmen Mundorff